

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Verfassungsreformen verabschiedet

Im April wurde nach monatelangen Vorarbeiten in einem Ausschuss eine umfassende Verfassungsreform von beiden Kammern des Parlaments mit großer Mehrheit gebilligt. Wichtigste Änderung im Rahmen des "18. Amendment" ist die Rücknahme einer Reihe von Vollmachten des Präsidenten, die unter Präsident Musharraf eingeführt worden waren. Dazu gehören die Auflösung des Parlaments sowie die Ernennung des Armeechefs und von Richtern. Anstelle des Präsidenten ist jetzt wieder der Premierminister der mächtigste Politiker in Pakistan. Die Regelung, dass man nur für zwei Amtszeiten Premierminister sein kann, wurde auch abgeschafft. Damit könnte z.B. Nawaz Sharif auch wieder Regierungschef werden. Mit der Wiederherstellung eines parlamentarischen anstelle des präsidentialen Systems hat die regierende PPP eigentlich nur getan, was sie versprochen hatte; dennoch gilt die Reform als politische Niederlage für Präsident Asif Ali Zardari, der sehr an dem Amt und seinen Vollmachten zu kleben schien. Dass er sie jetzt doch aufgegeben hat, wird allgemein einer Schwächung seiner Position durch seine Reibereien mit der Justiz und die Korruptionsvorwürfe gegen ihn aus der Zeit früherer PPP-Regierungen zugeschrieben. Vorerst bleibt Zardaris Einfluss erhalten, denn er ist auch Parteichef und Premierminister Yusuf Raza Gilani ist sein loyaler Unterstützer. Die politische Geschichte Pakistans ist seit der Unabhängigkeit in hohem Maße von Machtkämpfen zwischen den verschiedenen Institutionen (Präsident, Premier, Armeechef, Oberster Richter) geprägt gewesen. Dass die Neuregelung diese Scharmützel ein für allemal beendet, glaubt eigentlich niemand. Eine weitere wichtige Neuerung ist die Umbenennung der Nordwest-Grenzprovinz (NWFP, eine Bezeichnung noch aus Kolonialzeiten) in Khyber-Pakhtunkhwa in Anerkennung der mehrheitlich paschtunischen Bevölkerung. Paschtunische Parteien wie die in Peschawar regierende *Awami National Party* (ANP) hatten das seit langem gefordert. Es gab jedoch heftige Proteste der (vor allem Hindko sprechenden) Minderheiten in der Provinz. Vielen Paschtunen geht die Umbenennung umgekehrt nicht weit genug. Sie bemängeln u.a., dass auch in Belutschistan viele Paschtunen leben und die Provinz eigentlich erweitert werden müsste. Auch die "autonomen", de facto aber vom Militär bzw. den Taliban kontrollierten *tribal agen-*

cies wie Waziristan oder Bajaur gehören natürlich zum paschtunischen Siedlungsgebiet. Und auch in Afghanistan sind die Paschtunen die größte Ethnie und haben die Grenze zu Pakistan, die so genannte Durand-Linie, nie anerkannt.

Bhutto-Untersuchungsbericht belastet Musharraf-Regierung

Der mit Spannung erwartete Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen über die Ermordung Benazir Bhuttos am 27. Dezember 2007 wurde am 15. April endlich veröffentlicht. Das zunächst sechsmonatige Mandat der Kommission war Anfang des Jahres um weitere drei Monate verlängert worden. Das dreiköpfige Team warf der damals amtierenden Musharraf-Regierung vor, Bhutto im Wahlkampf nicht angemessen geschützt zu haben. Insbesondere am Tag ihrer Ermordung nach einem Wahlkampf-Auftritt im Liaquat Bagh in Rawalpindi seien die vorgesehenen staatlichen Sicherheitsmaßnahmen nicht oder nur lückenhaft umgesetzt worden. Andernfalls, so der Bericht, hätte der Anschlag verhindert werden können. Der Bericht wirft den Verantwortlichen auch vor, Indizien am Tatort systematisch vernichtet zu haben. Die Polizei lehnte die Anfragen des zuständigen Arztes, eine Autopsie zuzulassen, mehrfach ab; sie hätte dazu nicht das Einverständnis der Familie gebraucht, wie der Bericht betont. Der Bericht belastet massiv das pakistanische "Establishment" (definiert darin als hauptsächlich die Armee und die Geheimdienste). In ungewöhnlich offener Form kritisiert er die außergewöhnliche Vormachtstellung der Geheimdienste in Pakistan. Die Autoren zeigen auch Unverständnis für einige Verhaltensweisen der PPP nach dem Anschlag, halten sich aber mit Kritik an der Bhutto-Partei eher zurück. Sie stellen es als unwahrscheinlich dar, dass Bhutto erschossen wurde (und nicht durch die Bombenexplosion umkam), wie es einige PPP-Politiker behauptet haben. Die UN-Berichtersteller haben nicht die Frage nach den Hintermännern des Mordes beantwortet. Sie verweisen darauf, dass eine künftige Untersuchung die Rolle dreier Gruppen genauer unter die Lupe nehmen müsste, die alle eine Bedrohung für Benazir Bhutto darstellten: Al-Qaida, die Taliban und andere Sunni-Extremisten in Pakistan sowie auch das "Establishment". Dass die Musharraf-Regierung direkt nach dem Bhutto-Mord den damaligen Taliban-Chef Baitullah Mehsud als Schul-

digen ausmachte, bezeichnet der Bericht als voreilig. Der Bericht enthält zahlreiche Empfehlungen an die pakistanischen Behörden, von einer Aufklärung des Falls und seiner Hintergründe bis hin zu einer Reform der Geheimdienste. Alles in allem ist der Bericht, für den Heraldo Munoz aus Chile, Marzuki Darusman aus Indonesien und Peter FitzGerald aus Irland verantwortlich zeichnen, ein hochinteressantes historisches Dokument, da er allerlei Einzelheiten nicht nur über die eigentliche Ermordung, sondern auch z.B. über die Geheimverhandlungen im Vorfeld von Bhuttos Rückkehr nach Pakistan im Herbst 2007 enthält. www.un.org/News/dh/infocus/Pakistan/UN_Bhutto_Report_15April2010.pdf

Krieg und Taliban-Anschläge gehen weiter

Während die Armee in den vergangenen Wochen ihre Anti-Taliban-Operationen auf die tribal agencies Orakzai, Bajaur und North Waziristan konzentrierte, kam es auch im aktuellen Berichtszeitraum wieder beinahe täglich zu Terror-Anschlägen der militanten Islamisten. Während der Großteil der Attentate im umkämpften Nordwesten Pakistans stattfand, gabe es auch in anderen Landesteilen spektakuläre Bomben-Anschläge. So starben in Lahore Dutzende bei einer Serie von Selbstmord-Attentaten im März. Mitte April wurde sogar ein Camp für Binnenflüchtlinge im Nordwesten angegriffen, wobei über 40 Menschen starben. Die Stadt Peshawar blieb ein besonders häufiges Ziel der Taliban-Attacken. Die Armee hat eigenen Angaben zufolge hunderte von Taliban-Kämpfern getötet, aber diese Erfolgsmeldungen lassen sich nicht verifizieren. Auch die Angriffe von US-Drohnen auf pakistanische Ziele gingen unvermindert weiter. Nach wie vor halten sich aber Spekulationen, dass Taliban-Anführer Hakimullah Mehsud beispielsweise doch noch am Leben ist und nicht Anfang Januar bei einem Drohnen-Angriff tödlich verletzt wurde.

1,3 Millionen Binnenflüchtlinge brauchen mehr Hilfe

Vertreibung und Flucht im eigenen Land bleibt ein Massen-Problem in Pakistan. Die Vereinten Nationen beziffern die Zahl der Binnenflüchtlinge aktuell auf 1,3 Millionen. Darin sind weder die 1,7 Millionen afghanischen Flüchtlinge eingerechnet, die sich nach wie vor in Pakistan aufhalten, noch die 2 Millionen im vergangenen Jahr vor den Militäraktionen in Swat und den Stammesgebieten geflohenen Menschen, die inzwischen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind und größtenteils weiterhin auf Unterstützung in

der einen oder anderen Form angewiesen sind. Aber die internationalen Geber sind offensichtlich ermüdet. Hilfsorganisationen sind besorgt, dass die von ihnen veranschlagte Summe von einer halben Milliarde Dollar für die kommenden Monate erst zu 20 Prozent gedeckt ist. Kritik gibt es auch an der Art der Hilfe. Die Advocacy-Organisation *Refugees International* mit Sitz in Washington kommt in einem aktuellen Bericht zu dem Schluss, dass die Armee zu sehr involviert sei. Auch internationale Geber betrauten häufig die Armee mit Hilfs- und Wiederaufbau-Maßnahmen, in der Annahme, dass es in den entlegenen Stammesgebieten keine Alternative dazu gäbe. *Refugees International* wirft der pakistanischen Armee ein "destruktives" Vorgehen bei ihren Operationen gegen die Taliban vor. Sie nehme zu wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Im Raum stehen auch Vorwürfe gravierender Menschenrechtsverletzungen: Die unabhängige pakistanische Menschenrechts-Kommission, aber auch internationale Organisationen wie *Human Rights Watch* haben beklagt, dass es in Swat nach Ende der Kämpfe zahlreiche außergerichtliche Hinrichtungen von mutmaßlichen Taliban gegeben hat.

Mysteriöser Tod eines Ex-Agenten

Ende April wurde Khalid Khawaja, ein ehemaliger Offizier des Geheimdienstes ISI, in Nord-Waziristan tot aufgefunden. Khawaja wurden enge Kontakte zu militanten Islamisten nachgesagt. Er selber sagte von sich, er habe während des Krieges gegen die Sowjetunion in Afghanistan eng mit Osama Bin Laden zusammengearbeitet. In den letzten Jahren war Khawaja vor allem mit seinem öffentlichen Eintreten für verschwundene Personen in Pakistan (mutmaßlich vom Geheimdienst verschleppte Terror-Verdächtige) in Erscheinung getreten. Khawaja war gemeinsam mit zwei anderen Männern im März in den Stammesgebieten an der afghanischen Grenze entführt worden. Die Entführer, die einer vorher nicht aufgetretenen Gruppe angehörten, bezichtigten ihn, ein US-Spion zu sein.